

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Einzelpreis beträgt bei voller Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 2.00 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 1.60 M., für das übrige Ausland 1.70 M. jährlich. Postamtsschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Interate lesen die achtseitige Anzeigenliste oder deren Numm. 3.20 M. zuzügl. 50% Leertextsatz, Familien- und Organisationsanzeigen die achtseitige Anzeigenliste 2.40 M. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 23 Pfg. zuzügl. 50% Leertextsatz, Familien-, Organisations-, Stellungs-, Familien- u. Organisations-Anzeigen kosten das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 51 Pfg. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9788

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Partei des Kapitals.

Was bedeutet Demokratie? Das Selbstbestimmungsrecht eines freien Volkes über sein Geschick. Was versteht das liberale Bürgertum unter Demokratie? Die uneingeschränkte Herrschaft der kapitalistischen Willkür über die werktätige Bevölkerung, die dauernde Entrechtung der Arbeiterklasse zugunsten der besitzenden Klassen. Von der Verflechtung der demokratischen Partei als eine Volkspartei fällt ein Leben nach dem anderen ab, und nun steht sie in voller Blöße da: als die Partei des Kapitals.

In der Sonntagsausgabe des „Berliner Tageblattes“ erörtert Bernhard Dernburg, einer der prominentesten Vertreter der demokratischen Partei, keinen anderen Vorschlag, eine Reichsarbeitsstunde einzuführen und den Achtstundentag wieder aufzuheben. Er behauptet, daß in der Aufstellung des Achtstundentages als Reichsgesetz, ja als Einrichtung für alle Zeiten ein bedauerlicher Denkfehler liege, der dem Gefühl der Massen zu stark entgegenkomme. Dernburg, der Demokrat, will also nicht, daß das Gefühl der Massen befriedigt werde, ihn interessiert nur das Gefühl der besitzenden Minderheit. Und so kommt er zu der Folgerung, daß „die Verbeugung vor dem Erfurter Programm“, mit dem die reinsozialistische Regierung der Volksbewirtschaftung mehrere Hitzigen mit einer Klappe schlagen zu können glaubte, wirtschaftlich rühmend gewesen sei. Er wiederholt also die Behauptung, die wir unzählige Male von den Demokratischen gehört haben, daß nämlich die Revolution Schuld an dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sei. In Wirklichkeit war der wirtschaftliche Zusammenbruch eine Folge des Krieges, in dem eine maßlose Verdrängung mit allen Sachwerten getrieben wurde, in dem die Produktionsmittel heruntergewirtschaftet wurden, mit den Bodenschätzen des Landes, und der menschlichen Arbeitskraft Raubbau getrieben worden ist. Nach dem Zusammenbruch im November 1918 haben die kapitalistischen Kreise das übrige getan, um der deutschen Wirtschaft den Todesstoß zu versetzen. Um sich der Deduktion der Kriegsschulden zu entziehen, haben sie erst die Kapitalisten ins Ausland vertrieben; dann folgte die hemmungslose Einfuhr von Waren, die nicht der Produktion, sondern der Bereicherung des Handels dienten. Die Industrie verdrängte die Waren ins Ausland und entblöhte dadurch den deutschen Markt immer weiter. Gegenüber diesen jenseitigen Taten dringt der Demokrat nationalpatriotisch den Ruf auf, dem Achtstundentag der Arbeiter die Schuld an unserem wirtschaftlichen Elend auszuwaschen!

Vor etwas zwei Monaten hat Herr Erkelenz, der Führer der „Frisch-Dunkerischen Gewerkschaften in der „Berliner Vorkriegszeit“ einen langen Artikel über den Achtstundentag geschrieben. Dort konnte man das folgende lesen:

„Es ist in unzähligen Fällen nachgewiesen, daß bei wachsender intensiver Arbeit auf die Dauer noch gleiche, oft mehr geleistet werden kann, als in zehn oder zwölf Stunden. Voraussetzung dabei ist eine bessere Durchbildung der Betriebsorganisation, oft bessere technische Einrichtungen. Beides kann natürlich nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Deshalb war es ein Fehler, im November 1918 einfach durch allgemeine Verordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden durchzuführen, statt eine schrittweise Verkürzung vorzunehmen.“

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen jetzt in acht Stunden nicht weniger, sondern mehr geleistet wird, als früher in zehn und zwölf. Die ununterbrochen arbeitenden Betriebe haben zum Teil eine Steigerung um ein halbes Drittel und mehr erreicht. Solche Ergebnisse wären in noch viel größerem Umfange erzielt worden, wenn wir nicht am Ende des Krieges mit einer völlig zerstörten Betriebsorganisation, was aber noch schlimmer war, mit veralteten verbrauchten Maschinen usw. dagestanden hätten. Selbst im Bergbau, wo es stark auf manuelle Arbeit ankommt, kann, innerhalb gewisser Grenzen, in kürzerer Arbeitszeit mehr geleistet werden als in längerer. Der deutsche Bergarbeiter fördert zur Zeit in sieben Stunden mehr Kohlen als früher in acht.

Herr Erkelenz sieht als Führer der „Frisch-Dunkerischen Gewerkschaften“ der Sozialdemokraten zwar nahe, er hat aber in dieser liberalistischen Partei so wenig zu sagen, wie die kritischen Arbeiterführer in der Zentrumspartei. Und deshalb ist nicht zu erwarten, daß sein jugendliches irgendwelche Stellung bei seinen Parteigenossen finden wird.

In seinem Sonntagsartikel führt Herr Dernburg weiter aus, wie herrlich es uns vor dem Kriege gegangen ist:

„... als es durch die unglücklichen Kriege in den unteren Ständen noch mehr als in den oberen...“

Die Durchführung der Entwaffnung.

Die Besprechungen in San Remo.

Amsterdam, 24. April. Die Neuter aus San Remo melden, daß Lloyd George bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechung mit Mitterand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt werden wird, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung durchgeführt werden sollen und daß der Gedanke einer Befreiung des rechten Rheinfers und des Ruhrgebietes durch Frankreich verworfen wird.

Das Zahlungssystem für Deutschland.

Paris, 25. April. „L'Echo de Paris“ berichtet aus San Remo, Ministerpräsident Mitterand habe als Zahlungssystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigung allmählich steigende Jahreszahlungen auf 30 Jahre empfohlen, keine Jahreszahlung solle jedoch geringer als 3 Milliarden sein.

San Remo, 24. April.

Die Konferenz beschloß, daß in dem türkischen Friedensvertrage eine Erklärung Balfours einzufügen ist, die bestimmt, daß Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden werden soll, die die gleichen Rechte wie die Araber und die Juden in anderen Ländern haben werde.

Das gemeinsame Einverständnis der Alliierten.

Paris, 24. April. Der Vertreter der Agen ce Sabas in San Remo teilt in einem längeren Telegramm mit, daß Lloyd George und Mitterand heute vormittag eine Unterredung hatten und es scheint, daß die Hauptprobleme, die die Konferenz zu lösen habe, namentlich soweit gefördert seien, daß sie gelöst werden könnten. Es sei ein Abkommen ausgearbeitet worden, das morgen dem Obersten Rat vorgelegt werde und das ein gemeinsames Einverständnis zwischen den Alliierten feststellen werde. Ueber die beiden Hauptpunkte, die Deutschland betreffen, Entwaffnung und Wiedergutmachung, hätten Mitterand und Lloyd George die Grundzüge einer Verständigung gefunden. Es scheint, daß die Meinungsverschiedenheiten, die sich am ersten Tage der Beratung gezeigt hätten, viel mehr auf einem wirklichen Mißverständnis als auf einer Meinungsverschiedenheit beruht hätten. Die gemeinsame Erklärung werde ohne Zweifel auch die gemeinsamen Gefühle Frankreichs und Englands betonen. Es werde ein Dokument ausgearbeitet, das von Deutschland die Ausführung des Friedensvertrages verlange. Das Manifest werde jedoch erklären, daß die deutsche

Regierung aufgefordert werde Vorschläge zu unterbreiten. Der deutsche Kanzler werde infolgedessen später eingeladen werden, mit den alliierten Staatschefs, die eingeladen das Programm und die Ausdehnung der direkten Besprechung regeln würden, zu verhandeln. Es sei möglich, daß diese Zusammenkunft in Brüssel, womöglich noch vor der interalliierten Finanzkommission, die dort im Mai zusammenzetrete, stattfinden. Diese Finanzkommission werde hauptsächlich, um zu einem Ergebnis zu gelangen, ein vorübergehendes Einverständnis der Alliierten über die Wiedergutmachungsfrage voraus. Am 10. Mai laufe die Deutschland in bezug auf die Wiedergutmachung gewährte Frist ab. Diese Frist könne leicht verlängert werden, um den Alliierten alle Initiative nach dieser Richtung zu gestatten. Die Alliierten seien geneigt, so schnell wie möglich die Summe festzusetzen, die Deutschland mit Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit zu entrichten habe, und unter Berücksichtigung dessen, daß es sich wieder an die Arbeit begeben müsse, um seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Es scheint nicht, daß man bereits über die Bewertung der Summe, die man von Deutschland in steigenden Jahresraten oder in festgesetzten Beträgen nach der Steigerung der deutschen Einnahmen aus Eisenbahn- und Zollverwaltung verlangen wolle eine Entscheidung getroffen habe. Der letztere Modus scheint günstiger zu werden, namentlich in belgischen Kreisen. Aber das sei eine Frage, die in zweiter Linie komme; die Hauptsache sei das der Grundfah angenommen werde, die deutsche Schuld festzusetzen. Auf alle Fälle werde aber in San Remo kein Fixer festgesetzt werden. Das Wahne erst später in Paris geschehen, wo man alle notwendigen Informationsmittel besitze.

Die Generalstreikbewegung in Elsaß-Lothringen.

Paris, 25. April. Nach einer Meldung des „Temps“ haben die gewerkschaftlichen Arbeiter Strassburg protestiert gegen die Anwesenheit einer marokkanischen Division protestiert, derelbst, die aus Frankfurt zurückgezogen wurde. Nach Meldung aus Metz ist der Eisenbahnerstreik in Lothringen allgemein. Die Rüge Paris-Kancy gehen nur bis Bagny. „Matin“ meldet aus Diederhosen, alle Fabriken, mit Ausnahme einer einzigen, gegen die sich Kundgebungen richteten, seien stillgelegt. An verschiedenen Orten seien die Soldaten von Ausländern angegriffen worden. Man habe ihnen die Gewehre abgenommen und diese vernichtet. Die Truppe besitze keine Patronen. In Diederhosen selbst hätten Ausländer mit der roten Fahne die Stadt durchzogen und revolutionäre Nieder gefungen.

zugrunde liegende Arbeitszeit. Im Jahre 1918 betrug sie bei 24 Prozent der Beschäftigten 8 Stunden und weniger; 84 Prozent arbeiteten 9 Stunden. Neunzigprozent der Beschäftigten aller Beschäftigten arbeiteten durchschnittlich 9 1/2 Stunden, 3,1 Prozent mehr als 10 Stunden. Man kann also diese 9 1/2 Stunden (es ist zwischen Sommer- und Winterarbeit ein gewisser, aber vom Arbeiter nicht gewollter Unterschied) als den normalen Durchschnitt der deutschen Arbeit, bei der unser Volk groß, stark, reich und mächtig geworden ist, annehmen.

Hört es, ihr Arbeiter und Angestellten! Zu 90,4 v. H. habt ihr vor dem Kriege länger als 9 1/2 Stunden gearbeitet, zu 90,4 v. H. hat euer Leben vor dem Kriege keinen anderen Sinn gehabt, als das deutsche Kapital, unter dem Herr Dernburg sich „das Volk“ vorstellt, groß, stark, reich und mächtig zu machen. Das deutsche Volk hat sich alle diese Attribute erworben? Nein, es war nur eine kleine Oberschicht, der es vor dem Kriege wirklich gut gegangen ist; die gewaltige Mehrzahl der Bevölkerung hat von diesem angeblichen Reichtum nichts gespürt. Ihr Leben war ein Leben der Entbehrung, des politischen und wirtschaftlichen Minderrechts, ausgeschlossen von allen den Genüssen, denen sich die beherrschenden Klassen hingeben durften.

Es ist wahr, daß das Leben der arbeitenden Bevölkerung jetzt noch viel schlechter ist als vor dem Kriege. Während die Unternehmervorteile des Profites einfließen, die Dividenden der Aktiengesellschaften, die Gewinne aller kapitalistischen Kreise zu wachsender Höhe anschwellen, muß sich das Proletariat des Kopfes und der Hand, gemeinsam an der Entwertung des Geldes, mit wachsenden Hungerlöhnen abfinden. Wenn aber Herr Dernburg als Wortführer der demokratischen Partei jetzt ruft: Zurück zu der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft, zurück zum Achtstundentag der Vorkriegszeit, zurück zur uneinge-

schränkten Betätigung des Unternehmertums, so setzt die werktätige Bevölkerung dem ihre Lösung entgegen: Vorwärts zum Sozialismus, fort mit der kapitalistischen Wirtschaft!

In diesem Kampfe hat die werktätige Bevölkerung keine Hilfe von außen zu erwarten, sie ist darin ganz auf sich selbst gestellt. Da selbst die Rechtssozialisten, die sich als Partei der Arbeiter bezeichnen, unterstützen die kapitalistischen Bestrebungen auf Befestigung des Achtstundentages. So hat der löschliche rechtssozialistische Arbeitsminister Heldt Ende Februar die Arbeiter aufgefordert, länger als bisher zu arbeiten. Den Achtstundentag gab er bedingungslos preis und unterwarf sich damit restlos den Standpunkt der Unternehmer. Er stimmte darin ganz überein mit seinem Parteigenossen Noske, der gleichfalls die Verlängerung des Arbeitstages forderte.

Man darf sich darüber nicht täuschen, daß diese Angriffe auf die wichtigsten Ertragsquellen der Arbeiterklasse nicht als vereinzelt Meinungsäußerungen zu bewerten sind, sondern daß sie die Auffassung des gesamten kapitalistischen Bürgertums wiedergeben. Hält man daneben, daß der demokratische preussische Arbeitsminister Fischer in seinem Schreiben an die Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau von Ende Februar dieses Jahres sich gegen die Sozialisierung der Bergwerke und für den Fortbestand der kapitalistischen Bergbaufreiheit ausgesprochen hat, erinnert man sich daran, daß erst in der vorigen Woche der Demokrat P a c h n i k e in der Nationalversammlung gegen die bereiteten Vorkriegsbeschlüsse der Sozialdemokraten und Staatsarbeiter gewettert hat, so erhält man ein Gesamtbild von dem wahren Wesen der demokratischen Partei. Bei den bevorstehenden Wahlen wird sich Gelegenheit bieten, mit dieser Partei des Kapitals und ihren Helfershelfern gründlich abzurechnen!

Hoskes Zorn.

Sturm bei den sächsischen Rechtssozialisten.

Weichen, den 25. April.

Heute vormittag begann hier die Landesversammlung der Rechtssozialisten. Zu Beginn wurde angekündigt, daß am Montag früh eine vertrauliche Sitzung über die Regierungsbildung stattfinden wird. Dann hielt Sindermann einen Vortrag über die politische Lage, der in der Erklärung gipfelte, daß man an der Koalition mit den Demokraten festhalten müsse, die sich in den Tagen nach dem 13. März in wunderbarer Weise gehalten hätten. Man dürfe ihnen keinen Unmut beweisen und sie jetzt ausschließen zugunsten der Unabhängigen, die vielleicht noch 14 Tagen wieder aus der Regierung austreten würden und deren Bedingungen der Parität unannehmbar seien. Inzwischen würde er sich freuen, wenn bei den Reichstagswahlen eine sozialistische Mehrheit erzielt werde, und er sei gewillt, den Kampf gegen rechts zu führen, wenn die Unabhängigen das ermöglichen, denen die Kommunisten stark zuzuhängen würden.

Die Debatte erhielt ihr Gepräge von dem Kampf der nach links neigenden Chemnitzer Richtung, die durch Dr. Schwarz, Jellisch und andere vertreten wurde gegen die Regierung des Reichs und des Landes. Sie forderten in einem Antrag größere Energie bei der Säuberung der Reichswehr, der Auflösung der Zeitfreiwilligen, der Sozialisierung und Kommunalisierung und namentlich bei der Demokratisierung der Verwaltung. Die Räterepublik wird abgelehnt, aber eine Arbeitsgemeinschaft mit den sozialistischen Parteien soll angestrebt werden und eine Koalition mit Bürgerlichen nur eingegangen werden, wenn diese Arbeitsgemeinschaft nicht zu haben sei. Die bürgerlichen Koalitionsparteien sollen aber die Forderungen des Antrages annehmen. Diese Oppositionsrede war fast einstimmig angenommen. Diese Oppositionsrede war fast einstimmig angenommen. Diese Oppositionsrede war fast einstimmig angenommen.

Koske setzte sich in einer vehementen Rede zur Wehr. Nach ihm ist alles geschehen, was geschehen konnte, nur weil ihn die Parteigenossen nicht genügend unterstützt haben bei der Werbung für die Reichswehr, konnte es zum Rapp-Putsch kommen. Er wandte sich hinhaltend gegen die Chemnitzer, die durch ihr Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen und Kommunisten ein fürchterliches Kuddelmuddel in den Köpfen anrichteten. Sein Zorn ist begreiflich, weil ihm die Chemnitzer das Vertrauen abgesprochen haben. Er erklärte, die Linksabweichung, die durch den Rapp-Putsch eingeleitet sei, sei sehr bedenklich, denn es würden viele Versprechungen gemacht, die man nicht halten könne, die auch eine sozialistische Regierung nicht ausführen könne. Es sei hundertfache Räterepublik geblieben. Die radikale Phrase werde Deutschland in die Katastrophe führen, die er durch seine Politik habe vermeiden wollen. Er habe nie gesagt, daß ein Putsch von rechts nicht möglich sei, sondern nur erklärt, er werde keinen Erfolg haben, und das sei ja auch richtig eingetroffen.

Die Rede war mit viel Kraftworten gegen die Chemnitzer Richtung, die er als Schwarmgeist bezeichnete, gefeiert und sie ergab bei einem Teil der Landesversammlung starken Beifall. Der Minister Hüblig suchte seine Bekanntheit zu rechtfertigen. Er fand auch bei einem Teile der Delegierten aus Dresden und Leipzig Unterstützung. Es kam mehrfach zu heftigen erregten Auseinandersetzungen und kleinen Sturmzügen. Die Debatte wurde dann am Montag vertagt.

Der 1. Mai als Feiertag in Oberschlesien.

Die interalliierte Kommission in Oppeln gibt, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, bekannt, daß sie erfahren habe, daß die Arbeiterklasse Oberschlesiens den Wunsch habe, den 1. Mai durch feierliche Kundgebungen zu feiern. Die Kommissionen, so heißt es in der Bekanntmachung, haben nichts dagegen einzuwenden, daß die Arbeiterklasse am 1. Mai das Fest der Arbeit feierlich begeht.

Diese Bekanntmachung ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Kommission bestrebt ist, die ober-schlesische Bevölkerung nicht noch mehr durch ein rigoroses Verhalten zu verstimmen.

Räumung des Ruhrgebiets?

Wie mitgeteilt wird, ist die Zurückziehung der deutschen Truppen aus der neutralen Zone gemäß den den den interalliierten Mächten am 20. April mitgeteilten Forderungen erfolgt. Die Truppenzahl an Offizieren und Mannschaften in der neutralen Zone beträgt jetzt nicht mehr als 17 700 Köpfe. Sie überschreitet also nicht die Kopfstärke, die unter Zugrundelegung der Entscheidung des Obersten Rats vom August 1919 für die neutrale Zone festgesetzt ist.

Sollte diese Mitteilung tatsächlich auf Wahrheit beruhen, so würde damit jeder Grund für eine weitere Besetzung mitteldeutscher Städte durch Frankreich entfallen.

Zur parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Schulz am Freitag, der Rechtssozialist Quatz, seinen Bericht niedergelegt. Die Rede ist darin zu finden, daß in der Frage einer nochmaligen mündlichen Vernehmung deutscher Staatsmänner nur zwei sozialistische Abgeordnete außer Quatz für nochmalige Vernehmung, die drei bürgerlichen Abgeordneten aber dagegen stimmten, während sich der Rechtssozialist Dr. Meerfeld der Stimme enthielt. Dr. Quatz will seinen Rücktritt öffentlich begründen.

Ein mustergheltiger Demokrat. Der demokratische Reichstagskandidat für Berlin, Karl Friedrich v. Siemens, hat in seiner Jungfernrede vor einigen Tagen nach der „Post“ erklärt, er würde sich schämen, einer arbeiterfeindlichen Organisation anzugehören. Die Illustration hierzu liefert die Tatsache, daß er zu jener kleinen Winderheit von Unternehmern gehört, die den während der Rapp-Tage Streikenden den Verdienst verlor. Mehr braucht wohl nicht von der Verfassungs-treue des Herrn Siemens gesagt zu werden.

Zur Volksabstimmung in Allenstein hat die interalliierte Kommission den Ausnahmezustand im Abstimmungsgebiet aufgehoben und alle Versammlungen in geschlossenen Räumen gestattet.

Franken als Advokaten in Belgien. Justizminister Banderbede hat bestimmt, daß von nun an Franko als Advokaten zugelassen werden sollen.

Die englische Regierung hat Tschiberev in eines drachsen Depesche energisch angefordert, daß die Feindseligkeiten gegen die Reste von Demitrius Meer in Südrußland eingestellt werden.

Berminderung des amerikanischen Ozeers. Louis Kellogg hat der amerikanischen Senat mit 46 gegen 10 Stimmen einen Bescheid angenommen, durch den das liegende Meer im Felde auf 17 048 Quadratmeilen und 280 000 Mann vermindert wird.

Vorbereitungen zu den Wahlen.

Bezirksgeneralversammlung von Tellow-Beestow.

Am gestrigen Sonntag fand die Bezirks-Generalversammlung des Wahlkreises Tellow-Beestow statt. Der Vorsitzende Genosse Künstler gedachte in warmen Worten der bei den jüngsten Ereignissen gefallenen Genossen, ebenso begrüßte er den Genossen Jubel, der nach schwerer Krankheit wieder in alter Frische an der Versammlung teilnahm.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung

Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen

referierte Genosse Crispian. Er bezeichnete den Wahlkampf als einen Teil des Kampfes, den das Proletariat in der Revolution führt. Nicht um Mandate dürfe der Wahlkampf geführt werden, sondern um die Ueberlegenheit unserer Idee zu beweisen. Das könne nur geschehen, wenn der Wahlkampf grundsätzlich ohne jede Konzession geführt werde. Genosse Crispian gab dann eine eingehende Rückschau auf die Entwicklung des wirtschaftlichen Gedankens und der Arbeiterbewegung und hob dabei hervor, daß man heute häufig wieder in die primitivsten Vorstellungen der Anfänge der Arbeiterbewegung zurückfalle. Er verwies dabei auf die R. A. P. D., die die Sabotage und den Terror selbst gegen die eigenen Klassenossen auf ihre Fahne schreiben. Seit November 1918 sei ein neuer Abschnitt im Klassenkampf gegeben. Wir kämpfen heute direkt um die Eroberung der politischen Macht. An die Stelle der Diktatur der Finanzmagnaten mössen wir die proletarische Macht, die Diktatur des Proletariats setzen. Wir sind reif zum Sozialismus. Was uns noch fehlt, ist, daß das ganze Proletariat in seiner entscheidenden Zusammenrechnung noch nicht zu uns gehört. Aber trotzdem wir in unmittelbarem Kampf um die politische Macht stehen, müssen auch wir den Kampf für sozialpolitische Rechte ebenso energisch weiterführen, wie bisher. Denn so lange kapitalistisch produziert wird, ergeben sich Verbesserungsbedürfnisse. Die Verbesserung führt nicht die Revolution, sie ermöglicht sie. (Sehr richtig.)

Welches ist unsere Taktik im Wahlkampf? Die sind wir von allen Seiten, einschließlich der Rechtssozialisten, seit der Revolution bekämpft worden. Und doch hat sich unsere Taktik seit der Revolution glänzend gerechtfertigt. Wir haben eine Leitung behalten, weshalb bleibt sie klar und fest auch dem Drängen der vorwärtsstrebenden Parteigenossen? Weil sie das ganze übersehen kann und alle Möglichkeiten abwägt. Die Rechtssozialisten und die Generalkomitees haben sich unseren Grundgedanken gegenüber und auch die R. A. P. D. ist heute auf einen ähnlichen Standpunkt angekommen. Die R. A. P. D. will heute die sozialistische Regierung, will Gewerkschaften, trotzdem bekenn man nicht, daß also eigentlich kein Trennungspunkt vorhanden ist. Jede Koalitionregierung wird aufzulösen sein, weder die Gewerkschaftsforderungen noch unser aufgestelltes Wahlprogramm durchzuführen. Wir werden nun abwarten, wie die Situation sich gestaltet und werden dann Stellung nehmen.

Der Wahlkampf ist nur ein Gefecht im Verlaufe der Revolution. Aber er muß mit aller Leidenschaft geführt werden. Unsere Forderungen können nur erfüllt werden von der Arbeiterklasse, das wissen wir. Aber wir dürfen nicht glauben, daß auch mit der Bildung einer sozialistischen Regierung alle unsere Forderungen erfüllt sind. Auch eine sozialistische Regierung wird sich durchsetzen müssen gegenüber den bürgerlichen Parteien. Wir müssen kämpfen! Es kann keine Garantie dafür übernommen werden, ob eine sozialistische Regierung nicht auch aus den Reihen des Proletariats selbst Anschuldigungen erfährt und daß es zu neuen Kämpfen kommt. Aber es muß gesagt werden. Der Hauptfeind im Wahlkampf ist der Kapitalismus. Das Prinzip der Demokratie hat nur Sinn und Beizunft und kann nur durchgeführt werden von einer klassenlosen Gesellschaft. Es ist Unfug, inmitten einer Klassen-gesellschaft von Demokratie zu reden. Wir sind Demokraten, wir sind aber keine Scheindemokraten. Die Diktatur ist kein Schreckmittel, sondern ein Übergang zum sozialistischen Staat. Wir müssen aber auch stark absehen alle anarchistischen und sozialistischen Ideen. Wir müssen bereit sein, mitten aus dem Wahlkampf herauszugehen zu anderen Massenaaktionen. Lebt uns den Stimmgabel abgeben mit dem Schwert in der Hand. Wir müssen die Kerben behalten und wissen was wir wollen, dann werden wir den Wahlkampf führen können und zum Erfolg kommen. (Beifall.)

Der Vorsitzende Künstler machte hierauf einige Mitteilungen über die Kandidatenliste. Vom Gen. Hesselbarth wurde ein Antrag eingebracht und begründet, nach dem die Reichstagsabgeordneten verpflichtet werden, dreimal jährlich dem Bezirksaktionsrat Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen, ihm über bestimmte Geschehnisse ausführlich zu berichten und der weiterhin dem Aktionsrat das Recht gibt, den Abgeordneten ein Mißtrauensvotum auszusprechen und ihre Abberufung zu verlangen.

Genosse Jubel widersprach energisch diesem Antrag und stellte fest, es sei bis jetzt immer so gewesen, daß ein Mißtrauensvotum der Mitgliedschaft den Abgeordneten zum Rücktritt gezwungen hat. Was durch diesen Antrag beabsichtigt werde, sei eine Entziehung der Mitglieder und eine Diktatur des Aktionsrats. Die Genossen Neumann (Kornow) und Meier (Wollosch) traten ebenfalls für den Antrag Hesselbarth ein.

Genosse Crispian stimmt dem Genossen Jubel zu. Das Mißtrauensvotum werde zum Ansetz gemacht, wenn man es einführt in der Partei gegen die alten Parteigenossen. Die Annahme dieses Antrages begünstige die reinste Oligarchie. (Sehr richtig!) Weiter beteiligten sich an der Debatte die Genossen Stößinger, Löwenstein und Hesselbarth. Die Abstimmung über den Antrag wurde ausgesetzt, da von Löwenstein, Stößinger und einigen anderen Genossen eine andere Formulierung vorgenommen wurde.

Ein Antrag Charlottenburg, die Kandidaten durch Umwahl zu bestimmen, wurde wegen der zeitlichen Unmöglichkeit abgelehnt.

Genosse Hoffmann (Schwargendorf) begründete einen Zusatzantrag zum Beschluß der Reichskonferenz, bei genügender Einigung von einer fünfjährigen Parteigebühre abgesehen, da es unter dem alten Regime den Beamten, die sich längst mit dem sozialistischen Gedanken vertraut gemacht hatten, nicht möglich war, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Die Genossen Peterfen und Rosenthal (Charlottenburg) befürworteten diesen Antrag, wogegen Breitsch (Adlershof) energisch gegen ihn sprach. Der Antrag wurde schließlich mit dem Zusatz: „In Ausnahmefällen“ angenommen.

Darauf wurde der Antrag Löwenstein, Hesselbarth und Genossen, der besagt, daß der Aktionsrat das Recht hat, eine Generalversammlung einzuberufen, um zu den Abgeordneten Stellung zu nehmen, in dieser Fassung einstimmig angenommen.

In der Debatte über die Kandidaten kritisierte Sommerfeld heftig die Politik Hilferdings. Ebenso wandte er sich gegen Crispian, den er als Anhänger der Richtung Hilferding bezeichnete, und gegen Weitsch. Sommerfeld ließ bei seinen Ausführungen teilweise auf lebhaften Widerspruch der Versammlung. Er las eine Erklärung vor, auf die alle Kandidaten sich

verpflichten sollen. Darin wird ausgedrückt, daß die Kandidaten im Falle ihrer Wahl ihre parlamentarische Tätigkeit im Sinne der Weiterentwicklung der sozialen Revolution ausüben, daß sie demgemäß sich nicht zu sehr an der sogenannten „positiven“ Arbeit beteiligen, sondern die Parlamentarische Benutzen zur revolutionären Aufstellung der Massen.

Leber (Adlershof) will das Prinzip gewahrt wissen, daß die Genossen, die ins Parlament fallen, von der Pöbe auf in der Partei gebildet haben. Er spricht sich auch gegen jede Doppelkandidatur aus.

Stöwers (Neußlin) befürwortet die Kandidatur Dämmigs und teilt mit, daß er von Dämmig beauftragt sei, die von Sommerfeld verlesene Erklärung in Dämmigs Namen abzugeben.

Genosse Jubel führt aus, man erlebe heute das Schauspiel, daß sich alle Antiparlamentarier an die Spitze drängen. Er er Sommerfelds Erklärung unterschreibe, verzichte er lieber auf seine Kandidatur.

Leber (Wollosch) tritt besonders für die Kandidatur Künstler ein. Wegmann verteidigt in längeren Ausführungen seine Beteiligung an der sogenannten Offiziersbeschwerde und weist nach, wie das auch schon durch die „Freiheit“ veröffentlicht wurde, daß er vollkommen korrekt und im Einklang mit den leitenden Parteigenossen gehandelt hat.

Die Genossen Freund (Neußlin), Künstler und Löwenstein halten die Erklärung Sommerfelds hinsichtlich des Begriffes der „positiven“ Arbeit für überflüssig. Genosse Stoltz sagt, daß Dämmig von der Annahme dieser Erklärung seine Kandidatur abhängig mache und daß er das aber nur für seine Person beantrage, nicht auch für die übrigen Kandidaten.

Crispian wendet sich ganz entschieden gegen die Erklärung Sommerfelds und die Art seiner Begründung. Weil die Kommunisten das Schwert gegeben haben, Hilferding sei der Führer des rechten Büchels, deshalb müsse er bestraft werden. Crispian mahnt Sommerfeld erstmal etwas zu lernen und zu lesen. Er wendet sich auch gegen Stoltz, der es sich zur Aufgabe mache, jeden rechten Führer in der Partei hinauszuwerfen. Wir müssen mit dem Anathem endlich aufhören.

Genosse Stoltz befragt gegenüber Crispian, daß es seine Pflicht sei, aus der Partei die rechtsstehenden Führer zu bestrafen. Die Handlungen der Partei habe die feierliche Richtung zu bestimmen. Das sei es, was er wolle. Die Haltung nach dem 13. Januar sei durchaus schwankend gewesen. Den Reorganisationsbestrebungen gegenüber habe man Sabotage getrieben. Zum Beweis für die Schwere der „Freiheit“ führt er den Artikel „Weltende Lohnkassa“ an, der durchaus unmarxistisch gewesen sei — Genosse Stoltz zieht im Einverständnis mit Sommerfeld die Erklärung zurück.

Nach weiteren Ausführungen der Genossen Stößinger und Wegmann wird das folgende Resultat der Kandidatenaufstellung bekanntgegeben: 1. Jubel-Berlin (84 Stimmen), 2. Dämmig-Steglich (79), 3. Löwenstein-Charlottenburg (75), 4. Frau Kemich-Charlottenburg (70), 5. Künstler-Neußlin (67), 6. Wegmann-Berlin (65), 7. Herzfeld-Berlin (48), 8. Vogtberg (30), 9. Stöcker-Berlin (31), 10. Hoffmann-Schwargendorf (27).

Genosse Krille bestätigt dem Genossen Crispian, daß dieser auf der Reichskonferenz gegenüber den Kommunisten aus München die Berliner Partei- und Parteiorganisation energisch verteidigt habe. Nach weiterer unbesessenen Erörterung wird die Versammlung geschlossen.

Bezirksgeneralversammlung von Niederbarnim.

Die Bezirksorganisation der U. S. P. D. für den Wahlbezirk Potsdam 4 hielt gestern im Kaffee Bellevue, Lichtenberg, ihre von etwa 200 Delegierten besuchte Generalversammlung ab. Die Verhandlungen waren fast durchweg auf einen ruhigen, feierlichen Ton gestimmt. Der Vorsitzende, Genosse Ritter, führte einleitend aus: Wir glauben, daß trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten im letzten Jahre das bestmögliche für die Organisation geleistet worden ist. Was ursprünglich zur Gründung der Partei führte, die antimilitaristische Kriegspolitik, konnte uns allein keine Grundlage für das Weitergehen der Partei geben. Der März- und vor allem der Leipziger Parteitag schufen die Basis, die uns berechtigt, mit weitgehenden Hoffnungen in den Wahlkampf hineinzugehen. Genosse Ritter gedachte dann der gefallenen Revolutionskämpfer, vor allem des von der Soldatenliga ermordeten Genossen Richard Steuweg. In seinen weiteren Ausführungen kam er darauf zu sprechen, daß nur die geschlossene Einigkeit innerhalb der Partei, die intensive Mitarbeit aller Genossen einen erfolgreichen Wahlkampf und weiterhin den Sieg des Proletariats gewährleisten können.

Genosse Paul Brühl führte in seinem Referat über die kommende Reichstagswahl aus: Wir nehmen mit aller Energie den Wahlkampf auf. Denn obwohl wir nicht glauben, daß dieses Parlament vier Jahre bestehen wird, treten wir gleich unserem Aktionsprogramm, daß der Kampf mit allen Mitteln geführt werden müsse, in ihn ein. In der Novemberrevolution ist sich die Arbeiterklasse ihrer Kraft bewußt geworden und im Gedanken daran hofft sie auf die Zukunft. Wenn auch die „Demokratie“ unter Koske ihren berechtigten Siegeslauf angeht hat, wenn auch das Rätesystem, mit dem wir den Sozialismus einführen wollen, von Rechtssozialisten verraten worden ist, so werden wir an ihm als einem unserer wichtigsten Programmpunkte festhalten. Brühl ging dann auf den Rapp-Putsch und den Generalkonferenz ein und kam zum Schluß, daß die Frage einer sozialistischen Regierung ohne Mehrheit der U. S. P. undenkbar sei, denn die Umstände könnten uns nur zu leicht vor die Alternative stellen: Diktatur des Proletariats oder Niederwerfung der Arbeiterklasse durch die bewaffnete Reaktion. Der Kampf müsse grundsätzlich geführt werden, es dürfen keinerlei Kompromisse nach rechts oder links geschlossen werden. (Beifall.)

In der Diskussion führte Pfeiffer (Stalau) aus, daß die Bildung einer rein sozialistischen Regierung eine Utopie sei, daß die „Freiheit“ in der Aufklärungsarbeit verlage und daß der ganze Parteiapparat gegen das im Aktionsprogramm geforderte Rätesystem und die Diktatur des Proletariats arbeite. Risland (Weiershagen) führt aus, daß ein etwaiges Verlangen des Reichstagspräsidenten vor allem die Schuld der lokalen Organisationen sei. Staab (Potsdam) sagt, daß die Einigkeit des Proletariats die Voraussetzung für die Basis sei, auf der überhaupt die sozialistischen Prinzipien verwirklicht werden können. Dem Wunsch der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse zu zersplittern, müsse der einmütige Wille des Proletariats entgegengetreten werden.

Breitsch: Wir müssen den Wahlkampf grundsätzlich und selbständig führen. Er bildet eine Episode im Klassenkampf, ein Schritt auf dem Wege zur Erringung des sozialistischen Sozialismus. Die Frage, ob wir zu einem einseitigen Vorgehen in diesem Augenblick einigen können und dadurch die Einigung im ganzen gefördert wird, muß verneint werden. Denn der Geist des Klassenkampfes ist bei den Rechtssozialisten noch nicht vorhanden. Selbst eine nur organisatorische Annäherung der Parteien würde die Einigung der Klasse hemmen, da dann ein großer Teil unserer Partei nach links abdriften würde. Das

einem gemeinsamen Kampfe kann deshalb nicht die Rede sein. Die wichtigste Frage ist, wie kommt die Arbeiterschaft zur Macht und wie erhält sie diese. Wenn man sich Gewalt entgegenstellt, werden wir es mit Gewalt erreichen. Die herrschende Klasse stützt sich auf den Militarismus. Sie wollen wir die Bewaffnung der Arbeiterschaft entgegenstellen. Aber angeht es nicht, wenn dabei die Erlangung einer hinreichenden Macht, um die Gegenrevolution auch wirklich entzweien zu können. Die jetzige Regierung ist dazu zu schwach. Die rechtssozialistischen Regierungsglieder sind durch ihr Zusammengehen mit der Bourgeoisie an der Durchführung dieser wichtigen Forderung gehindert. So kann man in diesem Zusammenhang von der nicht künftigen Arbeiterregierung aus allen Parteien auf den Gedanken einer sozialistischen Regierungsbildung. Diese Regierung müsste aber eine Regierung sein, die auf dem Boden unserer Programmpunkte steht, ein Übergangsstadium zur Diktatur des Proletariats auf dem Boden des Räte systems bilden müsste. Der Wille des Volkes wird nicht in Parlamenten ausgedrückt, sie bringen uns nicht zum Ziel, die Entscheidungen fallen vor den Türen der Parlamente. Dennoch müssen wir den Wahlkampf mit allen Mitteln führen, um durch ihn den Willen, der Kraft und dem Selbstbewusstsein des Proletariats Ausdruck zu geben (Redakter Beifall).

Nach einigen weiteren Ausführungen wird die Debatte geschlossen und ein Antrag Brühl angenommen, der zur grundsätzlichen Führung des Wahlkampfes, dessen Richtschnur das Aktionsprogramm sein müsse, auffordert. Ebenso wurde ein Antrag auf möglichst weitgehende Propaganda angenommen.

In dem den zweiten Punkt der Tagesordnung einleitenden Referat führte Genosse Richter über die Aufgaben der Reichstagsabgeordneten aus, daß nur die Befähigten ausgewählt werden dürften, die dem parlamentarischen Kampf auch wirklich gewachsen seien. — Genosse Vahls führt hierzu aus, daß Breitheid bis zum März Gegner der Räteidee gewesen sei. Das Schlimmste seien seine neuartigen Ausführungen in der „Freiheit“ über die sozialistische Regierung, und wenn die „Freiheit“ zu der gegenwärtigen Stellungnahme des Parteivorstandes sage, er ginge von einer falschen Auffassung aus, so sei das unbedenklich. Außerdem habe er in der Verbandsgeneralversammlung ausgeführt, daß durch den Generalkongress viel erreicht sei. Demgegenüber müsse erklärt werden, daß nichts erreicht sei.

Richter (Petershagen): Der Ton, in dem Vahls Breitheid angegriffen hat, muß zurückgewiesen werden. Es mag dem einen wichtig erscheinen, daß man im Selbst aller Schlagworte ist. Aber diese Genossen verlangen gewöhnlich später und dies würde bei Breitheid nicht der Fall sein. Nachdem ein weiterer Diskussionsredner für die Einigung gesprochen hat, begründet Genosse Jänemann einen Antrag, daß die Kandidaten 7 Jahre der Partei angehören müssen, und daß sie auf Verlangen der Kommission sofort zurücktreten müssen, wurde angenommen. Breitheid: Die Behauptungen Vahls sind objektiv unmaßig oder zum mindesten stark entstellend. Ich habe stets den Rätegedanken vertreten, aber solange das Proletariat noch nicht reif ist, die Diktatur auszuüben, haben wir die Pflicht, die Parlamente mit zu benutzen. Ich habe in meinem Artikel nachgewiesen, daß eine Koalitionsregierung für uns unmöglich ist. Wenn sich die Arbeiterschaft die Kraft dazu zutraut, dann soll sie als nächstes Ziel die sozialistische Regierung anstreben, als Mittel auf dem Wege zur Diktatur. Damit habe ich genau das gesagt, was die Zentralleitung und ja auch die A. P. D. propagiert haben. Wir haben im Generalkongress erreicht, daß das Proletariat radikalisiert ist, und daß wir eine stärkere Kontrolle über die gegenwärtige als die frühere Regierung besitzen. Räter: Ich habe auf demselben Boden wie Breitheid. Eins ist wichtig: Betrachtet wir die Kriegsergebenheiten der Kandidaten und sehen wir uns die Antiparlamentarier an. Seit Monaten schon wird ein Kampf geführt, um unser Organ in andere Hände zu spielen, die es nicht zum Ruhm der Partei verwenden würden.

Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag Jänemann und ein Zusatzantrag, daß bei Doppelwahl die Kandidaten ein Mandat ausgeben müssen, ebenso angenommen wie ein Antrag, der Austritt der Kandidaten aus der Landeskirche und Verweisung ihrer Kinder vom Religionsunterricht.

Bei der Wahl der Kandidaten zum Reichstag wurden 178 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Breitheid 136, Krühl 107, Frau Wolf 98, Stasch 88, Crispian 80, Baumann 70, Müller 74, Göbel 70, H. Hoffmann 66, Pfeiffer 66.

Außerordentlicher Verbandstag der Holzarbeiter

Berlin, 25. April 1920.

Der außerordentliche Verbandstag des Holzarbeiterverbandes begann am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus mit der Eröffnung seiner Arbeiten.

Nach Wiedereröffnung der Berliner Arbeiterkongresse begrüßte Genosse Siegle im Namen der Berliner Holzarbeiter die Delegierten. Er freute sich über die seit dem letzten Verbandstag geführten Kämpfe und verzweilte dabei längere Zeit bei dem Streik der Berliner Klavierarbeiter, der nun auch neue entrinnt ist, weil die Unternehmer sich dem Schiedsspruch nicht fügen wollen. Es gelte die politischen und wirtschaftlichen Kassen zu schärfen und den Kampffonds zu stärken. Das müsse die Hauptaufgabe des außerordentlichen Verbandstages sein.

Den Verbandstag eröffnete alsdann der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Tarnow. Er gedachte der Mitglieder, die durch den Rechtspruch der Antisemitischen Parteien von den deutschen Arbeitern getrennt wurden, weiter des verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes Reumann und der anderen Verstorbenen. Die Delegierten ehrten deren Andenken in der üblichen Weise. Auch an die Verbände des zurückgetretenen Vorsitzenden Leipzig wurde durch Tarnow erinnert.

Der Redner streifte dann die politische und wirtschaftliche Situation. Für die Erreichung der Ziele einer politischen Gruppe dürften sich die Gewerkschaften nicht hergeben, sonst würde ihre Macht zerbrochen, genau wie die politische Macht der Arbeiter durch die politische Zersplitterung zerbrochen sei. Die internationalen Beziehungen seien durch den Internationalen Holzarbeiter-Kongress in Amsterdam wieder aufgenommen worden. Die Aufnahme von Mitgliedern innerhalb des Verbandes hält an. Die Mitgliederzahl seit dem letzten Verbandstag ist von 300 000 auf 400 000 gestiegen. Saug-Stattdart bemühte sich als Vertreter des Verbands Ausschusses die Delegierten.

Der Gewerkschaftsbund ist durch Umbreit vertreten. Nach der Konstituierung des Verbandstages, wobei Tarnow und Genosse Siegle zu Vorsitzenden gewählt wurden, ergriff zum Thema

Neuregelung der Beiträge und Unterstützungsleistungen

Tarnow Berlin das Wort. Ausführlich begründete er die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge. Eine Sanierung der Verbandskasse sei schon seit längerer Zeit eine Notwendigkeit. Seit 1918 sei das Verbandsvermögen pro Mitglied von 40 auf 20 RM gesunken. Am Widerstand der Mitglieder dürfte die jetzt geforderte Erhöhung wohl kaum scheitern, da die geforderten Ertragsbeiträge nahezu einmütigen Anklang gefunden hätten. Allgemein verlangten die Mitglieder eine Erhöhung der

Übernahme der sozialen Opfer bewußt. Die sozialen Unterstützungsleistungen werden abgebaut, können aber zur Zeit noch nicht vollständig fallen gelassen werden. Während vor dem Kriege etwa 1 1/2 Stundenlohn als Beitrag abgeführt wurde, ist der jetzige Beitrag etwa ein Drittel des Stundenlohnes. Der Redner behandelte dann die vorliegenden Entwürfe des Vorstandes und der Statutenberatungskommission. Bei zehn Beitragsklassen sieht der Vorstandsentwurf einen Beitrag je nach der Klasse von 0,50 bis 4 RM pro Woche vor. Der Entwurf der Statutenberatungskommission fordert in der 1. Klasse 5 RM Beitrag. Tarnow verlangt, daß den Lokalkassen 20 bzw. 25 Proz. befreit werden sollen, außerdem können noch Lokalschläge, wenn notwendig, erhoben werden, jedoch lediglich für Verwaltungszwecke und Stärkung des Kampffonds. Die Vorlage sei eingebracht um allen Eventualitäten vorzubeugen. Es scheint, als ob die Konjunktur in der Holzindustrie einen Stoß erhalten habe. Es könne noch nicht gesagt werden, ob es sich bei der vorübergehenden Krise handele. Der Redner empfahl die höheren Beitragsätze der Statutenberatungskommission zur Annahme.

Die Vorläge der Statutenberatungskommission wurden von Tempel in ausführlicher Weise begründet. Die Kommission fordert ebenfalls zehn Beitragsklassen. Von den zu zahlenden Unterstützungen soll besonders der Streikunterstützung Bedeutung erhöht werden. Je nach Klasse und Alter soll je 10 bis 120 RM pro Woche beitragen, die Arbeitslosenunterstützung 8—30 RM, die Krankenunterstützung 3—15 RM pro Woche, die Ungeheuerunterstützung 18—22 RM, die Sterbeunterstützung 30—180 RM.

In der anschließenden Generaldebatte über die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge wurde fast durchweg die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung anerkannt. Unter anderem trat Radtke für die Zustimmung der Vorläge des Vorstandes ein. Er wünschte für die Holzstellen mehr Bewegungsfreiheit. Als parador sei es zu bezeichnen, daß sich die Arbeiter stets auf dem einen oder dem anderen Seite mit den Kapitalisten in Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen. Thielitz Berlin trat ebenfalls für Ablehnung der hohen Beitragsätze der Statutenberatungskommission ein. Durch eine zu hohe Beitragserhöhung werde das Agitationsfeld eingeschränkt. Redner Nürnberg rief eine starke Attacke gegen die Syndikalisten und Betriebsorganisationen. Ihre Anhänger lehnten sich größtenteils aus früheren Gelben zusammen. Beiträge wollten diese Elemente nicht zahlen, aber die von den Zentralverbänden erklämpften Löhne würden sie gern einstecken. Es seien politische und gewerkschaftliche Symptome.

In der Spezialdebatte wurden sämtliche Anträge zur Änderung des § 12 des Verbandsstatuts abgelehnt. Angenommen wurden die Vorläge der Statutenberatungskommission, mit folgenden Beitragsätzen: 5 RM, 4 RM, 2,50 RM, 3 RM, 2,50 RM, 2 RM, 1,50 RM, 1 RM, 0,75 RM, 0,50 RM. Die Beitragsklasse 10 gilt in der Regel nur für Lehrlinge und Jugendliche unter 16 Jahren; die Klassen 8 und 9 gelten in der Regel nur für weibliche Mitglieder und Jugendliche. Die Zahlstellen sind verpflichtet, diejenigen Beitragsklassen zu wählen, die dem wirtschaftlichen Mindestlohn am Ort bzw. Beruf am nächsten steht.

Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag Gera, der die Entscheidung über Beitragserhöhungen lediglich dem Verband überlassen will, während bisher statutenmäßig die Abstimmung entscheidet. Aber auch dieser Antrag, der ein Eingreifen in das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bedeutet, fand Ablehnung durch eine starke Majorität.

Nach dem Bericht der Statutenberatungskommission schloß der Verbandstag mit 185 Delegierten zusammen. (Schluß des 1. Verhandlungstages.)

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Baubeamten zum Streik bereit.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Baubeamten hielt am Sonntag vormittag zwei öffentliche Versammlungen ab mit dem Thema: „Die Salvage des Wirtschaftens“. In der Versammlung in der Neuen Philharmonie führte Reichmann anfangs aus, daß gerade diejenigen, die das Wirtschaftliche sabotieren, nämlich in erster Linie die Direktoren der Bauinstitute, den Baubeamten die zum Vorkauf machten. Er ging dann ein auf den Zerrenstandpunkt der Bauleitungen, die jede Regung der Baubeamten zu verhindern suchten, sobald sie ihren Profitinteressen zuwiderlaufen. Schuld trägt daran aber auch die Stumpfheit der Baubeamten, die immer noch kein klares Bild ihrer Lage genommen haben, sonst würden sie sich wohl zu anderen Taten aufraffen. Er ging dann weiter auf das Thema des Tages ein und schloß die vorliegenden Verhältnisse. Als zweiter Redner sprach Stolpe.

In der Brauerei Königsplatz sprach vor kurzem Karl besucher Verammlung der Geschäftsführer des Verbandes Genosse Marg. Er schilderte u. a. wie bereits in Dresden, Köln, Düsseldorf, Trier und anderen Städten die Baubeamten im Streik stehen, mit dem Streik in ganz Sachsen, Schlesia und Bayern zu rechnen ist. Aufgabe der Regierung wäre es, hier unbedingt einzugreifen, aber diese scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, nur revolutionäre Arbeiter zu verfolgen, während es höchste Zeit wäre, die Schläge des Wirtschaftens, die sich um Dr. Rosler von der Disconto-Gesellschaft scharen, hinter Schloß und Riegel zu bringen. (Redakter Beifall.) Eine unerhörte Provokation der Baubeamten tritt bei der Frage des Mitbestimmungsrechts auf durch das Verhalten der Großbanken nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes. Unter den schwersten Opfern wurde im vorigen Jahre das Mitbestimmungsrecht erklämpft, und nun versuchen die Bauleitungen mit der ihr eigenen Unerschrockenheit die Rechte der Baubeamten, die über das Betriebsrätegesetz hinausgehen, zu beseitigen. Sodann beschäftigte sich der Redner mit dem Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom Minister Dernburg, der früher Bauinspektor war, und unterzog den Vorschlag von 9 1/2 Stunden durchschnittlicher Arbeitszeit einer scharfen Kritik. Diese stündliche Arbeitszeit hätte nicht das „Wohlf“, wohl aber die Unternehmer „groß, stark, reich und mächtig“ werden lassen. Die Baubeamten haben es nun fast, sich von einer Handvoll Saboteure deren Willen aufzwingen zu lassen. Wann durch deren Dummheit und Herzenslosigkeit Millionen im Erwerbsebenen benachteiligt werden, so haben nicht Schuld die Angelegten, sondern diejenigen, die durch ihr profitorisches Verhalten dieselben zwingen auf die Straße zu gehen. (Stürmischer Beifall.) Die Berliner Baubeamten verfolgen die Entwertung im Reich genau, und würden, wenn bis ultimo dieses Monats ihre Forderungen nicht bewilligt sind, gewiss ihre Forderungen nicht bewilligt sind, ausüben. (Stürmischer Beifall.) Der zweite Redner, Scholz vom Zentralverband des Allgemeinen Baubeamtenverbandes, unterrichtete die Ausführungen noch durch neues Material, beschäftigte sich mit den Praktiken des Deutschen Baubeamtenverbandes und wies nach, wie dieser durch sein Verhalten die Interessen der Angestellten schädigt, ebenso wie die Unorganisierten der Bewegung wie ein Nagel am Bein“ hängen. Aber gerade in den letzten Tagen haben sich die Vertreter zum Allgemeinen Baubeamtenverband ungeheuer gehäuft, so daß die Bewegung der Bewegung auf unerschütterlichem Boden

Ein Vertreter der im Streik stehenden Königsplatz Bauangelegten berichtete über den guten Stand der dortigen Bewegung.

Nachdem der Vorsitzende der Versammlung zur unermülichen Agitation aufgefordert und auf die Schwere des bevorstehenden Kampfes hingewiesen hatte, wurde eine im Sinne des Referats abgehaltene, und zur Vorbereitung des Generalkongresses der Baubeamten im ganzen Reich aufzufordernde Resolution einstimmig angenommen.

Abbruch der Tarifverhandlungen der Handels- und Bekleidungsindustrie.

In der am Montag, den 19. März stattgefundenen Zusammenkunft der beiderseitigen Tarifkommissionen der Bekleidungsindustrie kam es zu keiner Verständigung, so daß von den Arbeitgebern empfohlen wurde, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Die Vertreter des Deutschen Transportsarbeiterverbandes lehnten dieses ab und verlangten eine endgültige Verhandlung ohne Anrufung desselben, da Verständigungsmöglichkeiten vorhanden sind, und eine unnötige Verschärfung der Lohnbewegung vermieden werden möchte. Am der folgenden Verhandlung, die zum Freitag, den 23. April einberufen war, nahmen die Arbeitgeberverbände des Textilhandels ebenfalls teil, welche vor dem Verhandlungsausschuß abgelehnt. Eine bereits schwebende Klage beim Schlichtungsausschuß wurde daher auf Ersuchen des Geschäftsführers Dr. Engel vom Deutschen Transportsarbeiterverband zurückgezogen. Die Verhandlungskommission war im höchsten Maße überrascht als sie sah, daß seitens des Großhandels der Christliche Transportsarbeiter-Verband eingeladen war, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Da diese Organisation in Berlin fast unbekannt ist und von keiner Seite legitimiert ist, bei Tarifabschlüssen im Handelsgewerbe Verfassungen mitzuwirken, lehnten es die Arbeitnehmer ab, in gemeinsamen Verhandlungen einzutreten. Sie sahen in der Einladung des Vertreters des Christlichen T. V. seitens der Arbeitgeber eine neue Verschleppungsmaßnahme und einen Versuch die Einseitigkeit der Handels- und Bekleidungsindustrie zu unterbinden.

Trotzdem die Christlichen nicht in der Lage waren, dem Redner zu erörtern, in welchem Umfange sie Mitglieder in diesen Branchen haben, beharrten die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt, nicht ohne dieselben zu verhandeln.

Unter ungeheurer Erregung wurde die Sitzung resultatlos abgebrochen.

Die Vertrauensleute beider Branchen nahmen am Montag abend, den 20. April, 16 Uhr, in Wilkes Festhallen, Sektion 11, 12 Stellung zu der von den Unternehmern verhängten Schlichtung.

Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin.

Der Stand der Tarifbewegung.

Am Freitag, den 28. April tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses die öffentliche Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Nach Entgegennahme des Massenberichts, den der Kassierer Hoffmann gab, stimmte die Generalversammlung dem Antrag der Redner auf Entlastung des Kassierers einstimmig zu.

Polenzke berichtete dann über den Stand der Lohnbewegung. Die langwierigen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung haben kein befriedigendes Resultat gebracht und hat deshalb der gemeindliche Zentralausschuß am 18. April einen Teilweisespruch gefällt, der vom 1. April bis 30. Juni 1920 Geltung haben soll. Danach erhalten ungelernete Arbeiter einen Grundlohn von 3,50 RM, angelernte Arbeiter 3,00 RM, Handwerker 4,10 RM, pro Stunde, Jugendliche von 14—15 Jahren 3 RM, von 16—17 Jahren 2,50 RM, Stundenlohn. Für ungelernete Arbeiterinnen ist ein Stundenlohn von 2,70 RM, für angelernte Arbeiterinnen 2,80 RM, für qualifizierte Arbeiterinnen 3,00 RM und für jugendliche Arbeiterinnen im 14. und 15. Jahre 1,80 RM und im 16.—17. Jahre 2,00 RM vorgeschrieben. Die bisher gewährte Lohnbeihilfe ist weiter zu zahlen, jedoch wird die Minderzulage von 20 RM auf 35 RM erhöht. Der Schiedsspruch gilt als angenommen, wenn nicht binnen 14 Tagen der Widerspruch eines Kontrahenten erhoben worden ist.

Polenzke teilte mit, daß die Ortsverwaltung wie auch die erweiterte Verwaltung diesen Schiedsspruch abgelehnt haben, der Generalversammlung ebenfalls Ablehnung empfahl. Er führte weiter aus, daß die Ablehnung des Schiedsspruches erst einen Streik nach sich ziehen würde. Die daraus entstehenden Konsequenzen müssen reichlich überlegt werden. Bei den heutigen Verhältnissen bedeutet ein Streik, vielleicht schmächtiger Streik, für die Mitglieder ein schweres materielles Opfer. Wenn man annimmt, daß der Streik die Erfüllung unserer Forderungen bringt, dann kann der durch den Streik entstehende Schaden in einem Vierteljahr nicht wieder heringebrockt werden. Im übrigen seien durch den Schiedsspruch 70—80 Prozent der gestellten Forderungen erfüllt worden.

Nach lebhafter Diskussion, in der sich die meisten Redner gegen die Annahme des Schiedsspruches wandten, wurde der Schiedsspruch abgelehnt, jedoch soll in einer Urabstimmung die endgültige Entscheidung fallen.

Die Generalversammlung stimmte dann über die von der Verwaltung geforderten Beitragserhöhung zu, wonach der Gesamtbeitrag für die erste Klasse ab 1. Juni von 1,20 auf 2,50 RM, die zweite Klasse von 1 auf 2 RM, für die dritte Klasse von 0,75 RM auf 1,50 RM, erhöht werden soll. Der Beitrag der Invalidenklasse bleibt bestehen. Auch hierüber soll in einer Urabstimmung endgültig entschieden werden. Der beantragten Gehaltsverhöhung der Angestellten der Ortsverwaltung wurde mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar zugestimmt.

Groß-Berlin.

Eine stürmische Kriegsteilnehmer-Versammlung.

Reichsbund gegen Reichsvereinigung. Der Gau Groß-Berlin des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, veranstaltete am gestrigen Sonntag vormittag in der „Neuen Welt“ eine Kundgebung, um in letzter Stunde zu dem der Nationalversammlung vorliegenden neuen Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Die Versammlung verlief sehr stürmisch, weil Mitglieder der Reichsvereinigung im Verlauf der Aussprache versuchten, die Versammlung zu sprengen. Es kam zu sehr erregten Auseinandersetzungen, da von der Versammlungsleitung der Reichsvereinigung, deren Führer, dem Reichsrat v. Berner, vorgeworfen wurde, das der Bund den Kampf nicht unterstützen, beziehungsweise daß Herr v. Berner mit Rapp unterhandelt habe. Es gelang schließlich die Versammlung zu Ende zu führen und die Mitglieder der Reichsvereinigung begnügten sich damit, Mitglieder, die zum Eintritt in die neue Vereinigung aufforderten, im Saal zu verbleiben. Ein Diskussionsredner, der für die kommunistische Partei zu werden versuchte, wurde niedergeschrien und mußte das Podium verlassen.

Das bekannte Grammophon-Geschäft Jul. Friedl, Friedrichstraße 235 gibt für sich zerbrochen oder abgeplattete Schallplatten eine Ökonomie Nadine, zwei, eine gut erhaltene Platte für 4 eine neue Pathéplatte für ein Plattenspieler 25 cm. 6 eine neue Nadineplatte für eine neue Schallplatte. 2 RM einen guten Schallplatten

